

## „Es wäre auch ohne Charles Taylor zum blutigen Konflikt gekommen“

BICC-INTERVIEW

17. JANUAR 2008

WEITERE INFORMATIONEN:  
SUSANNE HEINKE  
Tel.: 0228/911 96-44  
E-Mail: pr@bicc.de

In einem Interview warnt Wolf-Christian Paes, Experte am BICC (Internationales Konversionszentrum Bonn) davor, den Konflikt in Sierra Leone zu stark auf den Ex-Diktator Charles Taylor zu personalisieren. Zwar müssten Kriegsverbrecher vor Gericht gestellt und für ihre Taten verantwortlich gemacht werden. Dennoch dürften darüber die strukturellen Ursachen von Konflikten – etwa im Rohstoffbereich – nicht aus den Augen geraten. Gerade für den Konsolidierungsprozess in Sierra Leone sei wichtig zu fragen, was Entwicklungszusammenarbeit leisten muss, um solche strukturellen Probleme langfristig in den Griff zu bekommen. Auch die Frage, wie sich der Versöhnungsprozess im Land zwischen Opfern und Tätern entwickelt, dürfe über den medienwirksamen Kriegsverbrecherprozess nicht vergessen werden.

Seit dem 7. Januar 2008 verhandelt ein internationaler Gerichtshof in Den Haag über den liberianischen Ex-Diktator und Kriegsverbrecher Charles Taylor – ein Durchbruch in Sachen Konfliktbewältigung?

Selbstverständlich begrüßen wir es, dass sich die internationale Gerichtsbarkeit mit dem Fall Taylor beschäftigt und dass Kriegsverbrecher auch vor Gericht gestellt und zur Verantwortung gezogen werden. Dennoch halte ich es für notwendig aus der Sicht der Friedens- und Konfliktforschung auch ein paar kritische Fragen an diesen Prozess zu stellen.

Wo setzt Ihre Kritik an?

Ich habe da zum einen die starke Personalisierung im Blick, wie sie sich auch in den Medien widerspiegelt. Charles Taylor steht vor Gericht – aber war der Konflikt in Sierra Leone mit all seinen Grausamkeiten ausschließlich ein „Taylor-Krieg“? Die internationale Gemeinschaft würde es sich zu einfach machen, wenn sie Taylor als Hauptverantwortlichen vor Gericht stellt, ihn zu einigen Jahren Gefängnis verurteilt und dann den Konflikt als gelöst betrachtet.

Aber war Taylor nicht der Drahtzieher beim Bürgerkrieg in Sierra Leone?

Viele Wissenschaftler würden sogar die These aufstellen, dass es auch ohne Charles Taylor zu diesem blutigen Konflikt gekommen wäre. Ich möchte sogar vor der Kausalität „Diamanten – Taylor – Raub – Krieg“ warnen, obwohl der Handel mit „Blutdiamanten“ ohne Zweifel eine große Rolle spielte. Diese Auffassung wird übrigens auch von der Wahrheits- und Versöhnungskommission in Sierra Leone geteilt. Charles Taylor und die Diamanten waren sicher ausschlaggebend dafür wie der Konflikt verlaufen ist – also etwa mit Blick auf Länge und Intensität – aber nicht dafür, dass es überhaupt zum Bürgerkrieg kam.

Wo sehen Sie die Gründe für den Ausbruch des Konfliktes in den 1990er Jahren?

Der Bürgerkrieg in Sierra Leone hatte vor allem strukturelle Ursachen, politische und ökonomische. Die Regierung hatte dort jahrzehntelang die Entwicklung des Hinterlands vernachlässigt. Alle Entwicklungsanstrengungen waren auf die Hauptstadt Freetown konzentriert. Es gab auch eine gewisse ethnische Dimension des Konflikts zwischen den in der Hauptstadt lebenden, von befreiten Sklaven abstammenden Kreolen und der indigenen Landbevölkerung, die jedoch nicht überbewertet werden sollte. Wesentlich sind vor allem politische und ökonomische Gründe. In Sierra Leone gibt es nicht nur Diamanten, sondern auch Gold, Bauxit und andere Edelmetalle. Der Profit daraus ist niemals der ansässigen Bevölkerung zugute gekommen, sondern wurde von der politischen Elite in Freetown geraubt.

Nun gibt die internationale Gemeinschaft sehr viel Geld aus, um Charles Taylor quasi symbolisch zu verurteilen. Die strukturellen Fragen werden jedoch übersehen. Für den nach dem Friedensabkommen von 2002 langsam in Gang gekommenen Stabilisierungs- und Konsolidierungsprozess in Sierra Leone wäre es viel wichtiger zu fragen, was Entwicklungszusammenarbeit leisten muss, um die gerade erwähnten strukturellen Probleme langfristig in den Griff zu bekommen.

Trägt eine Verurteilung Taylors zur Friedenskonsolidierung bei?

Es gab in Sierra Leone dramatisch mehr Menschen, die Kriegsverbrechen begangen haben, als die Handvoll, die jetzt in Freetown bzw. Den Haag vor dem Sondergerichtshof stehen. Es war nicht Charles Taylor persönlich, der in Sierra Leone vergewaltigt, Hände abgeschlagen und gemordet hat. Die zentrale Herausforderung bei solchen Kriegsverbrechen ist ja gerade, dass es ganz viele Täter gab. Wie wird mit diesen Verbrechen umgegangen, wie wird der Tatsache Rechnung getragen, dass ehemalige Täter und Opfer wieder Tür an Tür wohnen müssen – mit der ganz unterschiedlichen Geschichte, die sie doch verbindet?

War es nicht Aufgabe der Wahrheits- und Versöhnungskommission, sich mit diesen Problemen auseinanderzusetzen?

Ja, in der Tat, sie wurde unmittelbar nach Kriegsende eingerichtet und hat 2005 einen mehrbändigen Bericht mit Empfehlungen, z.B. für die Einrichtung eines Kriegsofferfonds, vorgelegt. Aber dieser Prozess ist schnell von der eher juristischen Form der Aufarbeitung überlagert worden. Auch für die Medien war es dann interessanter, sich mit einer Figur wie Charles Taylor zu beschäftigen, als mit Tausenden von Kriegsversehrten – oder aber auch den zahlreichen namenlosen Kriegsverbrechern.

Gibt es irgendeine Form, wie solche Täter zur Rechenschaft gezogen werden können?

Nein, meines Wissens gibt es da noch keine Überlegungen. In anderen Ländern wurde in solchen Fällen sogar eine allgemeine Amnestie verhängt, nach dem Motto, das Vergangene vergessen sein zu lassen. Aber eine solche Vorgehensweise fördert langfristig keine Versöhnung und Gerechtigkeit. Eine Gesellschaft muss sich seiner Vergangenheit stellen um zukunftsfähig zu sein.

Damit haben wir ja auch in Deutschland unsere Erfahrungen gemacht.

Sehen Sie historische Parallelen?

Auch in Deutschland hat man den Haupttätern in Nürnberg den Prozess gemacht, während der „Entnazifizierungsprozess“ recht schnell durchgezogen wurde. Genau das passiert derzeit auch in Sierra Leone. Ich würde erwarten, dass uns das in Deutschland eine Lehre hätte sein sollen, und dass der Prozess in Sierra Leone vor diesem Hintergrund deutlich kritischer beurteilt werden müsste.

Wie beurteilen Sie die hohen Kosten des Justizverfahrens?

Der internationale Justizprozess ist ungeheuer teuer. Allein 2006 unterstützte die Bundesrepublik diesen Prozess mit rund einer Million Euro. Rund 500 Euro pro Tag zahlt z.B. der Internationale Gerichtshof von Sierra Leone an den Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag für den Taylor-Prozess. Auch die Täter in Sierra Leone sitzen nicht im Gefängnis, wo „normale“ Mörder einsitzen, sondern in klimatisierten Zellen, gut versorgt und ernährt. Mir stellt sich die Frage, ob es wirklich gerechtfertigt ist, einen solchen Aufwand zu treiben. Besser wäre es in jedem Fall gewesen, das Gerichtswesen in Sierra Leone zu unterstützen anstelle für viel Geld eine internationale Sondergerichtsbarkeit zu schaffen.

Letztlich bleibt noch die Frage, welches Signal der Taylor-Prozess an andere Diktatoren und Kriegsverbrecher vermittelt.

Ein solches Signal könnte eine „Generalprävention“ sein, von der auch der Internationale Strafgerichtshof spricht. Es geht um Abschreckung, nach dem Motto, wenn das Charles Taylor passieren kann, könnte mich ein ähnliches Schicksal erwarten.

Dennoch bin ich der Meinung, dass auch hier eine eindimensionale Bewertung wenig hilfreich ist. Taylor kam in Folge eines Friedensprozesses vor Gericht. Während der Friedensverhandlungen wurde eine Übergangsregierung für Liberia geschaffen – unter der Voraussetzung, dass Taylor nach Nigeria ins Exil gehen musste. Das hat durchaus Tradition, ich denke z.B. an Idi Amin oder Mengistu, wo es ähnlich lief. Es gibt Vermutungen, dass man Taylor sogar versprochen hat, dass er im Exil von einer Strafverfolgung verschont bleiben würde. Letztlich war aber der Druck, insbesondere von den USA und aus Großbritannien so groß, dass Taylor in die Niederlande ausgeliefert wurde.

Was kann daraus für aktuelle Fälle geschlussfolgert werden, etwa für Mugabe in Simbabwe oder al-Baschir im Sudan, wo es genug Gründe gäbe, eine Anklage vor einem internationalen Tribunal zu erheben? Natürlich greift da das Abschreckungselement. Negativ daran wäre, dass ein Diktator wie Mugabe sich unter solchen Umständen kaum noch auf eine Exillösung einlassen würde, weil er sich nicht sicher fühlen könnte. Dies kann aber unter Umständen eine unblutiges „Abschieben“ von Ex-Diktatoren verhindern. Anstelle einer gemäßigten Übergangsregierung stünde dann ein Staatschef, der aus Furcht vor Verfolgung an seinem Amt klebt und gewaltsame Konflikte im Land in Kauf nimmt.

Wie sollte sich die internationale Strafgerichtsbarkeit mit Blick auf Kriegsverbrecher weiterentwickeln?

Die Schaffung des internationalen Strafgerichtshofs und der Sondergerichte für Ruanda, das ehemalige Jugoslawien und für Sierra Leone waren wichtige Schritte in die richtige Richtung. Was wir jetzt brauchen, ist eine Weiterentwicklung des Instrumentariums mit Blick auf zukünftige Friedensprozesse. Dazu gehört aus meiner Sicht auch die Möglichkeit, einem Täter im Präsidentenamt eine wirkungsvolle Immunität einzuräumen, wenn dies der schnellen Lösung einer Krise dient und damit weiteres Blutvergießen vermeiden hilft. Darüber hinaus dürfen wir uns nicht von den großen Verfahren gegen die Haupttäter blenden lassen. Wege zu Versöhnung zwischen Tätern und Opfern müssen vor allem vor Ort gefunden werden. Dies ist ein schwieriger und langwieriger Prozess, der unsere Unterstützung verdient. Internationale Strafverfahren sind hier nur ein Element unter vielen.

Die Fragen stellte Susanne Heinke.